

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0
Telefax: 886 846 ppbn d
Telefax: 91520-12

Inhalt

Dr. Konstanze Wegner
MdB zur drängenden
Asylproblematik: Das
Problem an der Wurzel
fassen.

Seite 1

Horst Niggemeier MdB
zur Asyl-Diskussion der
Bonner Parteien:
Schwächung der de-
mokratischen Stabilität.

Seite 3

Johannes Rau zum 65.
Geburtstag von Günter
Grass: Ein Gegenred-
ner im besten Sinne.

Seite 4

Dokumentation

Das Deutsche Komitee
für die Internationale
Dekade für Katastro-
phenvorbeugung, des-
sen Vorsitzender Hans-
Jürgen Wischnewski
ist, hat eine Erklärung
erarbeitet, die wir im
Wortlaut wiedergeben.

Seite 5

47. Jahrgang / 197

13. Oktober 1992

Überlegungen zur Asylfrage

Zur Notwendigkeit, das Problem an der Wurzel zu fassen

Von Dr. Konstanze Wegner MdB

1. Die Ausgangslage

Die Diskussion zum Thema Asyl wird in der Öffentlichkeit und der Partei seit langem einseitig auf den Artikel 16 Grundgesetz zentriert geführt, dadurch ist der falsche Eindruck entstanden, werde dieser gestrichen oder geändert, sei das Problem gelöst. Die CDU betreibt in dieser Hinsicht böse Demagogie, aber auch Teile unserer Kommunalpolitiker, denen das Wasser durch die Unterbringungsprobleme bis zum Hals steht, machen Druck auf die Partei, ebenso die Gewalttaten Rechtsradikaler - all dies hat die Parteispitze zum Kurswechsel bewogen.

Die Ursachen der Flüchtlingsbewegung - das kann man nicht oft genug wiederholen - liegen im Armutsgefälle in der Welt, in Ausbeutung und Bürgerkriegen. Das Problem hat sich dramatisch verschärft durch den Zusammenbruch des Ostblocks, wo die dortigen Diktaturen trotz unleugbarer Verfolgung einzelner Bürger oder Gruppen insgesamt ein gewisses Maß an Stabilität sicherten und auch die Nationalitätenprobleme mit eiserner Hand unterdrückten. Nach dem Zerfall des Ostblocks erleben wir jetzt einen drastischen Anstieg der Flüchtlingszahlen. Kamen 1990 noch etwa 400.000 Aussiedler und 200.000 Asylbewerber, rechnet man für 1992 mit etwa 200.000 Aussiedlern und 500.000 Asylbewerbern. Die Frage sollte nicht lauten: Verfassungsänderung ja oder nein? Sondern 1.: Was wollen wir politisch? 2.: Wie setzen wir unsere Vorstellungen gesetzestechisch und praktisch um?

2. Die Vorschläge des Parteivorstands

Die sogenannten "Petersberger Beschlüsse" wurden in ungeschickter Weise an die Öffentlichkeit gebracht; es entstand der Eindruck, ein kleiner Kreis lege eine Kursänderung von oben her fest, dazu noch mittels unterschiedlicher, teilweise widersprüchlicher Formulierungen. Inzwischen hat der Parteivorstand sich mit dem Thema befaßt und ein Sofortprogramm verabschiedet, das dem Bundesparteitag vorgelegt werden wird.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus U217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mfl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verändere Umgang
mit unserer Zukunft
Rechtliche Partner



Was sagt das Sofortprogramm zum Thema Asyl? Noch hält die Parteispitze am Individualrecht für politisch Verfolgte fest, nur Oskar Lafontaine ist hier weitergegangen und befindet sich voll auf CDU-Kurs. Das Sofortprogramm versucht, durch Herausnahme von Fallgruppen aus dem Asylverfahren das Problem zu entschärfen, man will "Flüchtlingen helfen, Zuwanderung steuern, Gemeinden entlasten".

a) Bürgerkriegsflüchtlinge sollen nicht mehr ins Asylverfahren geschickt werden, sondern ein begrenztes Bleiberecht erhalten, bis sie zurückkehren können. Es ist sicher richtig, diese Menschen nicht mehr ins Asylverfahren zu schicken, aber es ist eine Illusion zu glauben, daß alle zurückkehren würden. Viele werden bleiben, das Unterbringungsproblem besteht fort.

b) Ein modernes Einwanderungsgesetz soll verhindern, daß das Asyl weiter zur Masseneinwanderung mißbraucht wird, Quoten sollen die Einwanderung sozial verträglich regeln, und wer einen Asylantrag gestellt hat, darf keinen Einwanderungsantrag mehr stellen.

c) Bei den Aussiedlern heißt es etwas vage, man wolle ihre Zuwanderung "entsprechend der Integrationskraft unserer Gesellschaft im Rahmen einer Kriegsfolgen-Abschlußgesetzgebung steuern". Das heißt konkret, sie können nur noch wie sonstige Einwanderer schrittweise im Rahmen eines Einwanderungsgesetzes aufgenommen werden.

d) Am Individualrecht auf Asyl wird festgehalten.

Bis hierher ist alles altbekannte Beschlüßlage der Partei. Neu ist - und daran hat sich auch die Kritik entzündet - daß künftig solche Personen nicht ins Asylverfahren aufgenommen werden, die aus sogenannten Nichtverfolgerstaaten kommen, es sei denn, sie tragen individuelle Verfolgungsgründe glaubhaft vor.

Ich halte dies für einen Trick: denn wenn es sich um eine Liste echter Nichtverfolgerstaaten handelt (England, Frankreich, Kanada etc.) wird sie zahlenmäßig keine Erleichterung bringen. Erleichterung bringt sie nur, wenn auch solche Staaten auf der Liste sind, aus denen viele Flüchtlinge kommen wie Rumänien, Bulgarien und der Türkei. Damit würde aber indirekt das Asylrecht ausgehebelt. Zudem dürfte die Festlegung dieser Listen durch die Regierung und die Flüchtlingsorganisationen schwierig werden, außerdem wären permanente Änderungen nötig.

Abgesehen von diesen Vorschlägen enthält das Programm die bereits vielfach formulierten Forderungen, die Erleichterung bringen können, teilweise aber erst langfristig wirken werden wie zum Beispiel die Bekämpfung der Fluchtursachen, das Ingangsetzen des Beschleunigungsgesetzes, wofür die Voraussetzung allerdings in einer Beendigung des Schwarze-Peter-Zuschießens zwischen Bund und Ländern liegt, die Bekämpfung des Schlepperwesens und der illegalen Einwanderung, Überlassung von Bundesliegenschaften an die Gemeinden zur Unterbringung, Schaffung einheitlicher Anerkennungsgrundsätze in Europa auf der Basis der Genfer Konvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Darüber hinaus sollte man meines Erachtens bilateral mit den Ländern verhandeln, in denen die Quellen der Zuwanderung liegen, und Druck auf sie ausüben, ihre spezifischen Verfolgungsmaßnahmen einzustellen; schließlich streben einige davon die EG-Mitgliedschaft beziehungsweise Assoziation an. Ferner sollte eine Kürzung der Sozialhilfe beziehungsweise deren Umstellung auf Naturalverpflegung und Taschengeld für die ersten Monate des Aufenthalts der Asylbewerber in der Bundesrepublik eingeführt werden, denn wer wirklich verfolgt ist, kommt auch, wenn er nur das erhält.

3. Schlußfolgerungen

Ich sehe pessimistisch in die Zukunft. Da wir im Norden der Erde bislang offenbar nicht bereit sind, unseren aufwendigen Lebensstil zu verändern, da die Verarmung in der Dritten Welt und die Instabilität in Osteuropa zunehmen, werden weiterhin Flüchtlinge zu uns kommen. Ich fürchte eine Entwicklung, bei der das Individualrecht auf Asyl und letztlich auch die Genfer Konvention fallen werden, dafür werden wir verstärkt illegale Einwanderung erleben. Wir sollten ehrlich sein, die Menschen auf das, was kommt, vorbereiten und versuchen, die Zuwanderung

halbwegs sozial verträglich zu kanalisieren. Sie ist übrigens nicht nur negativ zu sehen, in bestimmtem Umfang brauchen wir Zuwanderung.

Die SPD sollte dennoch weiter dafür eintreten, das Individualrecht auf Asyl zu bewahren. Artikel 16 Grundgesetz und Artikel 19 Grundgesetz nennen Rechte, die aus Erfahrungen des Dritten Reiches heraus formuliert wurden. Diese Grundgesetzartikel verkörpern eine Tradition unserer Republik, auf die wir stolz sein können, sie haben dazu beigetragen, Hunderttausende vor Tod und Verfolgung zu bewahren. Ich meine, in Übereinstimmung mit Hans-Jochen Vogel, daß wir erst einmal diejenigen Maßnahmen durchführen sollten, die außerhalb einer Änderung des Artikel 16 Grundgesetz möglich sind. Eine Änderung des Artikel 16, die nichts bewirkt und aus bloßem Aktionismus erfolgt, würde falsche Erwartungen wecken und die Glaubwürdigkeit der Partei unterminieren. Außerdem könnte das als Zurückweichen vor den Rechtsradikalen verstanden werden, die derzeit die Flüchtlinge in unserem Land terrorisieren. Einen solchen Eindruck darf die SPD nicht aufkommen lassen. Die Angriffe auf hilflose Flüchtlinge sind eine Schande für unser Land und für jeden von uns.

(-/13. Oktober 1992/rs/fr)

Schwächung der demokratischen Stabilität
Zur Asyl-Diskussion der Bonner Parteien

Von Horst Niggemeler MdB
Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion im Kreis Recklinghausen

Der Asylrechts-Artikel des Grundgesetzes von 1949 wurde nicht für diese Zeit gemacht. Das wissen alle, die seriös mit diesem Thema umgehen.

Was damals aus der bitteren Erfahrung der Nazi-Zeit - dazu gehört auch die ebenso limitierte wie zögerliche Aufnahme von Nazi-Verfolgten durch die demokratischen Staaten der damaligen Zeit - als humanitäre Pflicht des neuen demokratischen Deutschlands verstanden wurde, stellt sich heute als eine durch den Staat nicht mehr kontrollierbare Aufforderung zum Mißbrauch durch jene Menschen heraus, die weit davon entfernt sind, politisch verfolgt zu sein.

Bei einer solchen durch die globale Entwicklung von zahllosen Krisenherden entstandenen Konstellation, die dann auch noch brauntrübes Wasser auf die Mühlen der rechtsextremistischen Benzinbombenwerfer-Szene lenkt, müssen sich die verantwortlichen Politiker die Frage stellen, ob der Artikel 16 in seiner jetzigen Fassung noch seinem ursprünglichen Ziel des Schutzes von politisch Verfolgten gerecht werden kann.

Diese Frage ist umso intensiver zu stellen, je deutlicher die Akzeptanz in der hiesigen Wohnbevölkerung für die Aufnahme von weiteren asylrechtsmißbrauchenden Flüchtlingen aus allen Teilen dieser Welt dahinschwindet. Zu dieser Wohnbevölkerung gehören auch die nun schon seit Jahrzehnten bei uns arbeitenden und steuerzahlenden Ausländer; sie fühlen sich genau so mißbraucht, wie die Deutschen selbst.

Die Menschen im Lande beklagen, daß 'die da oben ja gar nicht mehr wissen, was da unten beim gemeinen Volk gedacht und inzwischen auch gesagt' wird; wo bleibt eigentlich die gute Tugend des verständnisvollen Hinhörens und die des Hineinhörens in die Menschen, von denen alle Politiker auf allen Ebenen gewählt wurden?!

Wer bei der jetzigen Diskussion über die Schaffung einer neuen deutschen Verfassung heftig für die Einführung von plebiszitären Elementen streitet, der sollte sich unter Verzicht auf selbstgerechte Eloquenz schon jetzt theoretisch ein Denkmodell vorstellen, in dem vorgesehen ist, durch die Wählerschaft die Frage nach der Beseitigung des politischen Asylrechtsmißbrauchs durch den Gesetzgeber beantworten zu lassen.

Was sich im Augenblick in den Koalitionsfraktionen und auch in der sich intern mächtig streitenden SPD abspielt, ist - um es einfach mal zu ironisieren - eine geradezu glänzende und auch erfolversprechende Unterstützungskampagne für die mit verschränkten Armen dabei-

stehenden "Führer" der inzwischen auch bundesweit mit Parlamentsmandaten gesegneten Rechtsextremisten. Wer anderes annimmt, betrügt sich selbst.

Nicht selten ist vor Ort von biederen Parteigängern des demokratischen Spektrums die Meinung zu hören, daß man sich in der nach wie vor unbewältigten Asylantenfrage inzwischen wie in einem Innenhaus vorkomme. Es fällt selbst den Kennern der Bonner Szene schwer, diesem Eindruck überzeugend zu widersprechen.

Der am vergangenen Wochenende eskalierte Partei- und Bund-Länder-Streit kann selbst von unkritischen Gutwilligen nicht als ein Beitrag zu stabilisierenden Handlungsfähigkeit der Parlamente in Bund und Ländern und der Parteien angesehen werden.

Nur noch unverbesserliche Optimisten können annehmen, daß die politische Glaubwürdigkeit der demokratischen Parteien durch die Asylrechts-Diskussion gestärkt worden sei. Wohl aber ist es den Demokraten gelungen, die demokratische Stabilität weiter zu schwächen. Ein seltsamer Akt von masochistisch anmutender Zersetzungswut der politischen Klasse.

Wenn es übrigens bei einem unveränderten Artikel 16 bleiben sollte, dann dürfte der Tag nicht mehr fern sein, an dem die ersten ausländischen Faschisten, zum Beispiel aus den zahlreichen Staaten des ehemaligen Sowjetimperiums, wegen politischer Verfolgung durch die dort immer noch regierenden Ex-Kommunisten in der Bundesrepublik politisches Asyl und die Sozialhilfe dazu erhalten.

Diese geflüchteten Faschisten hätten dann im Gegensatz zu den sogenannten Wirtschaftsflüchtlingen den nicht wegzudiskutierenden Vorteil, tatsächlich politisch verfolgt zu sein.

Selbst ein nur mittelmäßig begabter, aber engagierter deutscher Anwalt wird bei der derzeitigen Artikel-16-Lage sicher keine Mühe haben, für seinen faschistischen Mandanten die Anerkennung als politisch Verfolgter durchzusetzen. Jedenfalls ist es in früheren Jahren mühelos gelungen, verfolgte ausländische Kommunisten als politische Asylanten anerkannt zu bekommen, obwohl den Kommunisten ja nicht nachgesagt werden konnte, sich selbstlos für den Aufbau von demokratischen Strukturen eingesetzt zu haben.

Es zeigt sich, daß der vor 44 Jahren formulierte Artikel 16 nicht für die derzeitige total veränderte Weltlage geschaffen wurde. Heute gibt es andere politische Asylprobleme. Denen haben wir uns zu stellen. Es kann und darf jedenfalls nicht unser Ziel sein, unser Land für eine unbeschränkte Zahl von Wirtschaftsflüchtlingen und auch noch für tatsächlich politisch Verfolgte faschistischer Provenienz weiter offen zu halten.

(-/13. Oktober 1992/rs/fr)

Ein Gegenredner im besten Sinn
Günter Grass zum 65. Geburtstag

Von Johannes Rau
Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen
Stellvertretender SPD-Vorsitzender

Ich gehöre zu den Lesern, die seit drei Jahrzehnten seine Sprachkraft bewundern, die seine frühen Gedichte immer noch einmal aus dem Regal nehmen, etwa die erzählenden Strophen aus dem Gleisdreieck. Ich finde in ihnen, wie in den sensiblen Beobachtungen, die der Autor unter dem Titel "Die Vorzüge der Windhühner" versammelte, eine wunderbare Anschaulichkeit. Natürlich könnte ich auch ausführlich berichten von jenem faszinierenden Eindruck, den mir einst der großartige Roman "Die Blechtrommel" bereitet hat. Indessen: "Katz und Maus", "Das Treffen in Telgte" haben mir später vielleicht mehr bedeutet als die Hintergründigkeit der Geschichte vom Butt. Und der "homo politicus" Grass hat über viele Jahre und Ereignisse hinweg immer meine besondere Sympathie gefunden.

Man wird sagen: Da streicht ein Sozialdemokrat seinen weltberühmten, kritisch und klagend, zornig und polemisierend schreibenden Parteifreund. Aber der Mann ist ja nicht einer, der dem

Angedachten in seiner Sprache Weihen erteilt. Eines Tages geht er hinein in die Partei, der er in Wahlkämpfen Beistand und besondere Aufmerksamkeit verschaffte. Er wurde und wird bleiben ein Gegenredner im besten Sinne, ein Autor, der nicht mit eitler Lust den Widerspruch formuliert, sondern der nach dem Motto "nur irdisch mündig will ich sein" ("Meissner Tedeum") die Menschen zu denkfähigen, Freiheit über alles liebenden, den Frieden schützenden und verteidigenden Rückfragern bewegen will.

Wir haben von Zeit zu Zeit Briefe gewechselt. Wir haben da und dort an einem Tisch gesessen, von Freunden umgeben und von Mächtigen geladen und beobachtet. Gustav Heinemann hat uns in all seinen Ämtern und mit seinen apodiktischen politischen Aussagen viel bedeutet. Zuletzt waren wir unterschiedlicher Meinung über das Zwingende und das Unumkehrbare des Prozesses der Vereinigung der Deutschen. Aber insgeheim ging mir manchmal die Frage durch den Kopf, ob sein Modell nicht für viele in Ostdeutschland mehr Glück und Würde bedeutet hätte. Die ökonomischen Erfahrungen, die Sachzwänge, die Orientierung an weltwirtschaftlichen Daten und Entwicklungen freilich scheinen seine Alternativen überholt zu haben.

In den achtziger Jahren hatte er sich Indien und eine Schreibpause verordnet. Danach hat ihn einiges an mitunter schadenfroher Kritik verwundet. Er ist seitdem weder stumm noch klassisch geworden. Mit neuen Büchern wurde uns der Zeichner Grass aufs neue vertraut.

In jener Zeit wurde mir warm ums Herz, als wir einmal in Berlin beisammen waren und uns während eines Kirchentages mit einer Delegation führender sandinistischer Politiker aus Nicaragua trafen. Wir verstanden deren Sorgen, wir hörten mit Respekt, wie sie Mut, Vision und dialektische Kräfte miteinander verbanden. Als die Rede auf das geteilte Berlin kam und einige Gedanken laut wurden, wie sie Honecker und Stoph (und eben auch der damaligen sowjetischen Nomenklatura) gefallen hätten, stand Günter Grass auf und hielt auf seine Art und mit ganz unverbrauchter Sprache eine Rede, die klarmachte, welche Zumutung, welche zerstörende Kraft diese Mauer in Berlin und Deutschland bedeutete. Ein kalter Luftzug kam herein, Grass hatte mit einer fünfminütigen Rede die Demokratie als die Sache freier Menschen beschreiben und Mißverständnisse ausgeschlossen. Das war auch ein Stück Befreiung von allem falschen, schönfärbenden, die Wunde mit Watte zudeckenden Geschwätz. Für mich war es einer der bewegenden Momente in unserer langen Beziehung.

Sein letztes Buch Unkenrufe hat die professionelle Kritik gespalten. Ich höre aber immer wieder, daß und wie es den Nerv vieler Leser getroffen hat. Nicht mehr der Fabulierer von hohen Graden findet Bewunderung, sondern wie hier einer auf ganz eigene Art das Thema Versöhnung anspricht, und zwar Versöhnung durch unarmte Vergangenheit, freilich pervertiert durch die schnöde Geschäftamacherei, die uns bedrückt und belustigt, tagaus, tagein.

Dem Erzähler, dem Künstler, dem politisch denkenden, analysierenden, Welt und Weltveränderung entwerfenden Autor gilt mein herzlicher und freundschaftlicher Gruß zum 16. Oktober 1992!

(-/13. Oktober 1992/rs/ks)

DOKUMENTATION

Den Katastrophen vorbeugen

Das Deutsche Komitee für die Internationale Dekade für Katastrophenvorbeugung (IDNDR), dessen Vorsitzender Bundesminister a.D. Hans-Jürgen Wischnewski ist und dem auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Rudolf Bindig angehört, hat eine Erklärung erarbeitet, die wir im Wortlaut veröffentlichen.

Der diesjährige Welttag für die Vorbeugung von Naturkatastrophen (14. Oktober) steht unter dem Motto "Katastrophenvorbeugung und nachhaltige Entwicklung". Diese Verknüpfung soll

deutlich machen, daß die katastrophenträchtige Entwicklung der Erde nur aufgehalten werden kann, wenn es gelingt, eine soziale und umweltverträgliche Entwicklung - im Verbund mit Maßnahmen der Katastrophenvorbeugung - auf den Weg zu bringen.

Allein im September 1992 sind bei sechs großen Naturkatastrophen über 2.600 Menschen getötet worden. Über eine Million Menschen wurden im vergangenen Monat obdachlos. Die Schlammlawinen am Pinatubo, die schweren Überschwemmungen in Pakistan oder das Seebeben vor der Küste Nicaraguas sind nur einige der Naturereignisse, die zu katastrophalen Folgen für die Bevölkerung der betroffenen Gebiete geführt haben. Gleichzeitig sind auf dem afrikanischen Kontinent mehr als zehn Millionen Menschen vom Hungertod bedroht, sind Opfer einer "schleichenden Katastrophe". Einschließlich der Opfer in Somalia und den übrigen Ländern Ost- und Südafrikas kamen in diesem Jahr bisher über 100.000 Menschen bei Hunger- und Naturkatastrophen zu Tode und es entstand - nach vorsichtigen Schätzungen - ein volkswirtschaftlicher Schaden von mindestens 15 bis 20 Milliarden US-Dollar. Angesichts dieser Situation und der steigenden Zahl von Naturkatastrophen stellt sich die Frage nach den Möglichkeiten einer effektiven Katastrophenvorbeugung mit zunehmender Dringlichkeit, insbesondere in den städtischen Ballungszentren.

Die städtische Bevölkerung in Entwicklungsländern wird von 1,5 Milliarden im Jahr 1990 auf 4,4 Milliarden im Jahre 2025 anwachsen. Bereits heute liegen 14 von 20 Megastädten mit mehr als acht Millionen Einwohner in Entwicklungsländern. Ein großer Teil dieser städtischen Bevölkerung lebt in überschwemmungs-, erdbeben- oder erdrutschgefährdeten Gebieten.

Die Enquetekommission des Bundestages zum Schutz der Erdatmosphäre weist in ihrem letzten Bericht von März 1992 auf die bereits festzustellende Häufung klimabedingter Katastrophen wie Wirbelstürme, Überschwemmungen und Dürren hin. Unter anderem heißt es: "Der zu erwartende Meeresspiegelanstieg wird zu einer Verstärkung von Flutkatastrophen und zur permanenten Überflutung dichtbesiedelter Küstenebenen führen."

Auf diese Entwicklung müssen wir uns vorbereiten und versuchen, sie soweit wie möglich zu stoppen. Hierfür bedarf es nicht nur technischer Lösungen wie Erhöhung der Deiche, Verbesserung des Katastrophenfrühwarnsystems et cetera, sondern der Inangriffnahme entwicklungs- und umweltpolitischer Programme, wie sie beim Erdgipfel in Rio de Janeiro im Juni 1992 vereinbart wurden. Umweltzerstörung, wachsende Flüchtlingzahlen und zunehmende Katastrophenanfälligkeit sind Folgen einer Entwicklung, die auch die Industrieländer mehr und mehr bedrohen wird, wenn diese nicht bereit sind, die Schicksalsgemeinschaft zwischen armen und reichen Ländern anzuerkennen.

Aus Solidarität mit den besonders katastrophengefährdeten Menschen der Entwicklungsländer und zukünftigen Generationen sowie in Sorge um unsere eigene Zukunft fordern wir die Mitglieder unserer Organisationen, die Öffentlichkeit, die Politiker und alle relevanten gesellschaftlichen Einrichtungen auf, sich für

- eine Verwirklichung der beim Erdgipfel in Rio de Janeiro vereinbarten Aktionsprogramme wie Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern, Änderung des Konsumverhaltens in den Industrieländern, diverse Umweltschutzmaßnahmen, et cetera
- bessere Aufklärung der Bevölkerung über die gegenwärtigen und zukünftigen Katastrophenrisiken
- eine stärkere Einbindung von Katastrophenvorbeugemaßnahmen in die entwicklungspolitische Zusammenarbeit privater und staatlicher Träger

einzusetzen.

(-/13. Oktober 1992/rs/ks)
